Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8-mal gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamepetitzeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 50 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 19 — Sonnabend, den 23. Januar 1932 — 27. Jahrgang

Die Belastung der Länder und Gemeinden

Der Reichsrat gegen die Finanzpolitik des Reiches — Reichshilfe gefordert

Eine scharfe Entschließung

Berlin, 21. Januar. Der Reichsrat beriet in seiner heutigen Vollsitzung die von der Regierung vorgelegte Zusammenstellung über die am Haushaltsplan 1931 vorgenommenen Aenderungen. Auf Antrag der Ausschüsse wurde der berichtigte Reichshaushalt zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig faßte der Reichsrat einstimmig eine

Entschließung,

in der es heißt: Der Einnahmerückgang in der Gesamtsumme der Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben des Reiches gegenüber den Vorjahren trifft, wenn man von der Industrieumlage und der Reparationsabgabe der Reichsbahn absieht, nicht das Reich, sondern bisher ausschließlich die Länder und Gemeinden. Infolge des Rückganges der Ueberweisungen und der eigenen Steuern ergeben sich bei den Ländern trotz strengster Einschränkungen noch große Fehlbeträge sowohl für 1931 als auch im Entwurf für 1932 und keine Möglichkeiten, 1932 Tilgung schwebender Schulden einzusetzen, während das Reich den Haushalt für 1931 und den Entwurf für 1932 vorläufig gedeckt und dabei für 1932 eine von 420 auf 870 Millionen erhöhte Tilgung schwebender Schulden vorgesehen hat. Infolge Steigerung der Zahl der Erwerbslosen sowie in Verbindung mit der Kürzung der Steuerüberweisungen behalten auch viele Gemeindehaushalte für 1931 und 1932 große Fehlbeträge, deren

Deckung nicht möglich

ist. Die zusätzliche Ueberweisung des Reiches an die Gemeinden von 230 Millionen für Wohlfahrtslasten reicht demgegenüber nicht aus. Trotzdem hat das Reich im nächsten Jahre nur noch eine Ueberweisung von 50 Millionen vorgesehen. Der Reichsrat ersucht die Reichsregierung im Interesse einer geordneten Finanzwirtschaft, bei der Aufstellung des Haushalts für 1932 auf diese Tatsache Rücksicht zu nehmen. Er ersucht die Reichsregierung insbesondere, an Stelle der für 1932 für das Reich allein vorgesehenen erhöhten Schuldentilgung in den Reichshaushalt für 1932 für das Reich nur die bereits sehr hohe gesetzliche außerordentliche Schuldentilgung von zusätzlich 420 Millionen einzustellen und die darüber hinausgehenden Beträge

den Ländern und Gemeinden zur Vermeidung der Deckung von Schulden zuzuweisen,

um zu verhindern, daß Länder oder Gemeinden zusammenbrechen oder daß eine wirtschaftlich untragbare und im Gegensatz zur Preissenkungspolitik stehende Anpassung weiterer Steuern in Ländern und Gemeinden erforderlich wird, noch bevor sich der Erfolg der bisherigen Aktionen auswirken kann.

Vorher machte der Berichterstatter, Ministerialdirektor Brecht, u. a. folgende Ausführungen: Nach dem berichtigten Haushalt betragen

die gesamten ordentlichen und außerordentlichen Nettoausgaben des Reiches für 1931

nunmehr 8946 Millionen RM (gegen 1930 ein Minus von 2717 Millionen). Die Einschränkungen sind trotz der gewachsenen Wohlfahrtslasten sehr hoch. Gegenüber dem Höchststand der Ausgaben im Jahre 1928 beträgt der Rückgang mehr als 3 Milliarden RM. Die Ausgaben sind noch unter das Jahr 1926, das letzte Jahr vor der Besoldungserhöhung, um 582 Millionen zurückgegangen. Unter den einzelnen Posten hat es neuerdings internationale Aufmerksamkeit erregt, daß Deutschlands normaler innerer Schuldendienst nur 500 Millionen beträgt gegen etwa 3 Milliarden in Frankreich und nach altem Kurse 6 Milliarden RM in England. Man hat es als Vorteil für Deutschland dargestellt, daß Deutschlands gesamte innere Staatsschuld jetzt nur 10 Milliarden RM gegen 46 Milliarden in Frankreich und 130 Milliarden in England beträgt. Aber man hat vergessen, hinzuzufügen, daß

Deutschlands innere Schuld

infolge der eigenen Kriegskosten ursprünglich mehr als 130 Milliarden Goldmark betrug, und daß wir gezwungen waren, diese Schuld bis auf 10 Milliarden deshalb zu streichen, weil wir im Gegensatz zu England und Frankreich nicht in der Lage waren, aus Steuern jährlich 6 Milliarden oder 3 Milliarden RM unseren inneren Gläubigern zur Verfügung zu stellen. Wenn man glaube, daß es ein Vorteil für das deutsche Volk sei, nur noch 10 Milliarden RM innere Staatsschulden zu haben, so könnten sie diesen Vorteil auch anderen Völkern verschaffen, wenn sie auch bei sich die hohen inneren Schulden streichen.

Man wird sich hüten, daß zu tun, ohne daß die schwerste Not dazu zwingt. Denn die Folge ist eine furchtbare Verarmung, Kapitalnot und damit eine Entwertung aller Anlagen, die kein Volk in höherem Grade als notwendig freiwillig auf sich nehmen wird. Von den öffentlichen Abgaben fließt in England mehr als ein Fünftel, in Frankreich mehr als ein Viertel an die eigenen inneren Gläubiger zurück.

Deutschland dagegen hat in den letzten zehn Jahren an Reparationen an das Ausland allein in barem Gelde sechs- bis achtmal so viel gezahlt wie an seine inneren Kriegsgläubiger und viermal soviel wie für den gesamten staatlichen normalen Schuldendienst im Innern einschließlich der Nachkriegsfolgen.

Der Redner erläuterte dann die Entschließung mit weiteren Zahlen und fuhr fort: Die Gesamtlage Deutschlands ist danach noch erheblich schlechter, als der Reichshaushalt sie zeigt. Auch ohne Reparationen steht Deutschland noch phantastischen Schwierigkeiten gegenüber. Keine der bisherigen Maßnahmen hat insbesondere die Zahl der Erwerbslosen vermindert. Sie ist immer weiter gestiegen von 4,4 Millionen Ende 1930 auf 5,7 Millionen Ende 1931.

Ministerialdirektor Zarden vom Reichsfinanzministerium gab darauf folgende Erklärung ab: Die Reichsregierung verkennt die Bedeutung des Problems der Wohlfahrtserwerbslosenlasten, um die es sich wenigstens zum Teil in der Entschließung handelt, nicht. Sie hat das im Gegenteil durch verschiedene Maßnahmen auf diesem Gebiete im Laufe der letzten Jahre zum Ausdruck gebracht.

Die Reichsregierung kann aber im Hinblick insbesondere auf die ungeklärten außenpolitischen Verhältnisse im Augenblick eine Erweiterung der bisherigen Maßnahmen nicht in Aussicht stellen.

Sobald hier eine gewisse Klärung erfolgt ist, ist sie gern bereit, das Problem der Wohlfahrtserwerbslosenlasten zum Gegenstand weiterer Verhandlungen im Reichsrat zu machen.

Darauf wurde die Entschließung ohne weitere Aussprache einstimmig angenommen.

Der Reichsrat genehmigte weiter die deutsche Arzneitaxe für 1932. Die wesentlichste Aenderung gegen 1931 ist die Herabsetzung des Verdienstzuschlages des Apothekers von 75 auf 64 Prozent und des den Krankenkassen zu gewährenden Rabatts von 10 auf 7 Prozent.

Der Bekanntmachung der neuen Fassung des Umsatzsteuergesetzes, das durch Notverordnungen mehrfach geändert worden ist, wurde zugestimmt.

Die Vorlage über die Zulassung ausländischer Landarbeiter im Jahre 1932 wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da die Ausschußarbeiten noch nicht beendet sind.

Berlin, 21. Jan. Die Erklärung der Reichsregierung zur Frage der kommunalen Lasten aus der Fürsorge der Wohlfahrtserwerbslosen ist, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, allen Reichsratsmitgliedern am Donnerstagabend vollkommen überraschend gekommen. Obwohl nach der Erklärung des Regierungsvertreters niemand das Wort ergriff, wird sich der Reichsrat doch keineswegs mit dieser Mitteilung zufrieden geben. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß sich der Reichsrat in einer seiner nächsten Vollsitzungen nochmals mit dieser Frage beschäftigen wird. Der Vertreter der Provinz Hannover, Oberbürgermeister Menge-Hannover, wird wahrscheinlich mit Unterstützung anderer Provinzialvertreter beantragen, diese Frage auf die Tagesordnung des Reichsrats zu setzen.

Frankreich brüskiert die Welt

Berliner Pressestimmen gegen die unnachgiebige Haltung Frankreichs

Berlin, 22 Januar. Ein Teil der Berliner Presse beschäftigt sich mit den Auswirkungen der unnachgiebigen Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage auf die gesamte wirtschaftliche Lage der Welt. Die „Germania", die von Frankreichs Katastrophenpolitik spricht, bezeichnet die Gründe der französischen Regierung für ihre Unnachgiebigkeit als keineswegs stichhaltig. Am allerwenigsten sei es der Hinweis auf die Erklärungen des Reichskanzlers, die lediglich durch Interpretation des Baseler Gutachtens die Arbeit der Lausanner Konferenz vorbereiten und klären sollten. Gerade wenn sich die französische Regierung immer wieder auf den Wortlaut des Young-Planes berufe, könne sie nach dem Abschluß der Baseler Beratungen die Konferenz mit keinerlei Vorwänden sabotieren. Frankreich würde sonst in der ganzen Kulturwelt als bewußter Friedensstörer angesehen werden. Die „D. A. Z." nennt die Torpedierung der Konferenz von Lausanne nicht nur einen Schlag gegen Deutschland, sie bedeute auch eine Brüskierung und Herausforderung der ehemaligen Alliierten Frankreichs, daß sie die englische Aufforderung nicht einmal beantworte und den englischen Plan zuschanden schlage. Frankreich denke auch nicht daran, die Vereinbarung mit Amerika zu halten, die zunächst eine europäische Initiative vorsah, sondern er zerstöre die Einleitung einer solchen Initiative und erlaube sich sogar, im vollen Widerspruch zu dem Laval-Abkommen bei Amerika wegen einer vorherigen Festlegung in der Frage der Schuldenstreichung vorstellig zu werden. Den Forderungen des italienischen Regierungschefs begegne es mit offenem Hohn. Das Erstaunlichste sei, daß sich die Welt, die unter den Folgen des französischen Machtwahnsinns leide, diese französische Haltung ruhig gefallen lasse.

Die Verschiebung der Lausanner Konferenz

Berlin, 21. Jan. Wie der Presse bereits in London bekanntgegeben worden ist, haben die Unterhaltungen zwischen den beteiligten Regierungen über die Konferenz in Lausanne bisher nicht zum Abschluß gebracht werden können, so daß es nicht mehr möglich erscheint, an dem zunächst in Aussicht genommenen Termin des 25. Januar festzuhalten.

Die Unterhaltungen werden fortgesetzt. Die Reichsregierung ist nach wie vor der Ansicht, daß es notwendig ist, die Frage der weiteren Behandlung der Angelegenheit schnell zur Klärung zu bringen.

Amerika und die Verzögerung der Reparationskonferenz

Washington, 21. Januar. In amtlichen Kreisen wird eine offizielle Stellungnahme zu dem britisch-französischen Plan einer Verschiebung oder eines Verzichts der Lausanner Konferenz abgelehnt. Jedoch wurde an maßgebender Stelle angedeutet, daß Europa, wenn es die gegenwärtige Finanzkrise zu politischen Machenschaften auszunutzen strebe, sich selbst die Folgen zuzuschreiben habe. Jedenfalls bestehe im Kongreß keine Geneigtheit, sich von Europa diktieren zu lassen, daß Amerika die Kosten des Weltkrieges übernehmen müsse, damit Frankreich weiterhin gewaltige Summen für Rüstungszwecke ausgeben könne. Amerika bestehe darauf, daß jede Nation an der Abtragung der Kriegsschulden mitarbeite und werde sich durch Drohungen wegen einer angeblichen Einheitsfront Europas gegen Amerika nicht schrecken lassen. Amerika werde daher nichts in der internationalen Schuldenfrage übernehmen, bevor nicht die europäischen Staaten sich unter Berufung auf ihre Schuldenverträge einzeln an die Regierung der Vereinigten Staaten gewandt hätten.

Die Pariser Presse über das englische Kommuniquee

Paris, 21 Januar. Die Tatsache, daß die Konferenz von Lausanne am kommenden Montag nicht beginnen kann, wird in der französischen Presse verzeichnet, aber noch nicht allgemein kommentiert. „Echo de Paris" schreibt, Reichskanzler Dr. Brüning bereite sich darauf vor, einen vor zwei Jahren unterzeichneten Vertrag zu zerreißen. England müsse sich entscheiden. Wenn es an seiner Ideologie festhalte, sei alles zu befürchten. Frankreich dürfe es nicht dazu kommen lassen, daß die Zeit gegen es arbeite, und daß der 1. Juli herankomme, ohne daß eine Entscheidung getroffen sei. Frankreich müsse Deutschland zu spüren geben, daß es in vielen Dingen die Hilfe Frankreichs nicht entbehren könne. Nach Ansicht des „Matin" sei es falsch, zu behaupten, daß die Baseler Sachverständigen festgestellt hätten, Deutschland könnte nicht mehr bezahlen. Sie hätten nur gesagt, Deutschland könne gegenwärtig nicht zahlen. Auch hätten die Sachverständigen nie die Annullierung des Young-Planes ins Auge gefaßt, sondern nur eine Gesamtberichtigung der Regierungsschulden, also Reparations- und Kriegsschulden zusammen. Jetzt drohe Deutschland mit Initiativen, die ernste Rückwirkungen auf das Ausland haben würden. Aber Frankreich lasse sich keine Erpressungen gefallen.

Baseler Bericht und Tributlast der Reichsbahn

Die westdeutsche Wirtschaft gegen jede Kompromißlösung

Düsseldorf, 21. Januar. 38 maßgebende rheinisch-westfälische Wirtschaftskörperschaften haben unter Führung des Lang-